

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M., ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 18. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Korfantys Rückzug.

Oppeln, 17. Mai. (W.D.) Der polnische Exekutivauschuss ...

Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben ...

Der energischen Haltung Englands und dem festen Vorgehen Italiens vor allem ist es zu verdanken, wenn sich Korfanty jetzt bereiterklärt, abzubauen ...

Korfantys Hauptquartier.

Katowitz, 17. Mai. Korfanty befindet sich, wie hier einwandfrei festgestellt wurde, in Schoppinitz ...

Warschan und Lloyd Georges Rede.

Warschau, 17. Mai. (D.E.) Die Rede Lloyd Georges im Unterhaus am Sonnabend hat hier eine niederschmetternde Wirkung ausgeübt ...

ständig betrachtet. Dagegen kam die empörte Beurteilung der ober-schlesischen Polenaktion, die diese in Italien fand ...

Korfanty Anno 1914.

In seiner aufsehenerregenden Unterhausrede über Oberschlesien hat Lloyd George die Polen etwas unanständig daran erinnert ...

Damit ist von Lloyd George, allerdings reichlich spät, ein Kapitel angeknüpft worden, über das sich offenkundig nicht ...

Und Korfanty, der glühende polnische Patriot Korfanty, der Oberschlesien von der „deutschen Knechtschaft“ mit allen Mitteln „befreien“ will ...

Die Entente-Konferenz über Oberschlesien.

London, 17. Mai. (W.D.) Wie Reuter erfährt, wird die nächste Zusammenkunft der Alliierten eine Konferenz des Obersten Rates sein ...

London, 17. Mai. (W.D.) Reuter erfährt, die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberschlesien sei festhalten an ihrem fair play gegen Polen ...

Mailand, 17. Mai. (D.E.) Der „Secolo“ meldet: Die italienische Regierung hat grundsätzlich keine Einwendungen gegen die Verwendung deutscher Reichswehr zur Säuberung ...

Gompers gegen Amsterdam.

Die Antwort von Cudegeest.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Sieh Amsterdam) kann es weder seinen Freunden in Russland recht machen, noch denen in Nord-Amerika ...

Gompers führt drei Haupteinwände gegen Amsterdam ins Feld, die von der im Jahre 1920 in Montreal abgehaltenen Konferenz der amerikanischen Arbeitskonföderation ...

Mit Genugtuung bestätigt Cudegeest den Empfang des Schreibens von Gompers „nachdem wir uns wohl mehr als 50 mal an Sie gewandt hatten ...“

Wir behaupten, daß das Exekutivkomité der Amerikanischen Konföderation sichtlich unvollkommen und unrichtig informiert ist ...

Die Internationale Gewerkschaftsbund setzt sich aus den allgemeinen, auf wirklich gewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten gewerkschaftlichen Landeszentralen ...

Dieselbe Delegation hat ferner für das Beitragsystem gestimmt, das nunmehr von Ihrem Vorstand als zu befolgend bezeichnet wird ...

Es ist sonach nicht wahr, daß durch die Statuten die Autonomie der einzelnen Länder vollkommen aufgehoben wurde ...

Es sei weiter nicht wahr, daß die nachgefragte Revision beim Vorstand der Internationale keine günstige Aufnahme gefunden habe ...

Gegenüber dem Vorwurf der Verfolgung revolutionärer Prinzipien, „revolutionärer Aktionen zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel“ ...

Wenn dieser Aufruf, der sich gegen den Krieg richtet, nicht Ihre Billigung gefunden haben sollte, dann müßten wir annehmen, daß die Anstiftung und der Ausbruch eines neuen Krieges ...

Die Vernichtung von Menschenleben, d. h. also von Millionen von Arbeitern, und die Zerstörung von Millionen von produzierten Kräfte wird doch wohl nicht von Ihnen gebilligt werden?

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterklasse jedem Krieg, gleichviel, ob er von einer autokratischen oder demokratischen Staatsmacht ausgeht, entgegenwirken und ihn verhindern muß — besonders aber nach dem Kriegsende, das wir hier in Europa erlebt haben und das auch Amerika zum Teil zu sehen bekam.

Auch das Manifest des Gewerkschaftsbundes „Gegen die Reaktion! Für die Sozialisierung!“ habe Gompers augenscheinlich ebenso flüchtig und schlecht gelesen, wie alle übrigen Publikationen des Bundes. Gompers habe dadurch bei den amerikanischen Arbeitern den Glauben erweckt, das Manifest für die Sozialisierung trage die Aufschrift: „Für den Sozialismus“, was nicht ganz dasselbe bedeute.

Was nun das Manifest selbst betrifft, so müssen wir ehrlich gestehen, daß wir nicht begreifen, wie Sie die Kühnheit ausbringen können, sich als Demokraten unserem Kampf gegen die Reaktion zu widersetzen, wobei wir gleichzeitig bedauern, daß Sie Ihren Präsidenten, Herrn Samuel Gompers, vor den Augen der ganzen Welt desavouieren.

Ihren wir nicht, so ist Herr Gompers Ehrenpräsident der „Rumb Plan League“, die in ihrem Titel für die Eisenbahnen die gemeinwirtschaftliche und demokratische Betriebsform fordert, also hinsichtlich der Eisenbahnen genau dasselbe anstrebt, was wir in Europa „Sozialisierung“ nennen.

Handelt Ihr Präsident, Herr Gompers, der in Ihrem Namen den an uns gerichteten Protest unterzeichnet hat, in Uebereinstimmung mit seinem Vorstand oder nicht? Oder um es anders auszudrücken: warum soll die Sozialisierung der Eisenbahnen in Amerika gestattet, in Europa jedoch nicht erlaubt sein?

Sei Gompers Ehrenpräsident eines Bundes für die Sozialisierung von Transport- oder Produktionsmitteln, müsse er nach europäischen Begriffen auch Anhänger der Sozialisierung sein. Sei der Vorstand der amerikanischen Konföderation aber gegen die Sozialisierung, dann muß er sich vor allem gegen seinen eigenen Vorsitzenden wenden. Es sei ferner nicht wahr, daß der Vorstand des Amsterdamer Bundes zur Verwirklichung seiner „revolutionären Politik“ die Arbeiter am 1. Mai 1920 aufgerufen hat, den Generalstreik zu proklamieren.

Wir erwachten es für nötig, Sie darüber aufzuklären, daß der 1. Mai seit 30 Jahren in Europa als Arbeiterfeiertag gilt, den die Arbeiter feiern, indem sie ihn entweder frei erhalten oder sich frei nehmen und an dem in allen Städten und Dörfern in ganz Europa Versammlungen und Demonstrationen stattfinden, um für die allgemeinen Arbeiterforderungen Propaganda zu machen. Allem Anschein nach ist diese Gepflogenheit in Amerika nicht bekannt. Wir haben demnach in Fortsetzung dieser dreißigjährigen Gewohnheit die Arbeiterorganisationen auch im Jahre 1920 aufgefordert, am 1. Mai für die in unserem Manifest gestellten Forderungen zu demonstrieren. Und es ist, wie wir bereits erwähnten, unwahr, daß wir die Organisationen dabei aufgefordert haben, den Generalstreik zu proklamieren.

Es sei daran erinnert, daß der Pariser Kongreß im Jahre 1889 als Demonstrationstag für die internationale Arbeiterschulgesetzgebung hauptsächlich mit dem 1. Mai bestimmte, weil die amerikanischen Arbeiter diesen Tag ohnehin bereits feierten.

Da Gompers sich über die „lächerlichen und pompösen Proklamationen, die faktisch den Sturz aller demokratischen Regierungen, einschließlich der amerikanischen, versüßigen“, beschwert, erwidert Dubegeest namens des Bundes folgendes:

Wir sind nicht genugsam auf der Höhe, um zu wissen, was in Amerika als „lächerlich“ oder „pompös“ gilt. Was uns übrigens auch nicht über die Massen interessiert. Wenn in Amerika andere Sitten herrschen und dort ein anderer Sprachgebrauch üblich ist als in europäischen Ländern, so könnte dies eine Erklärung sein. Von diesen Differenzen abgesehen, nehmen wir an, daß man auch in Amerika auf guten Glauben, Anstand und Ehrlichkeit Wert legt. Diese Normen erfordern, daß derjenige, der eine Beschuldigung erhebt, dafür auch Beweise erbringen muß.

Die Gewerkschaft der Schauspieler.

Unter den gewerkschaftlichen Organisationen unserer Tage verdient vielleicht keine mehr Interesse als die „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger“. Der Gedanke des solidarischen Zusammenstehens gegen die wirtschaftlichen Nachtheile ist hier von einer „Arbeitnehmer“-Kategorie verwirklicht worden, bei der die berufliche Tätigkeit stärker als irgendwo sonst Betonung des Individuellen erfordert. Ja, als erste und einzige Angestelltenorganisation ist die Genossenschaft durch die tarifliche Vereinbarung des „ausschließlichen Verbandsverkehrs“ mit dem Deutschen Bühnenverein, dem Verband der Theaterleiter, zu einer gewerkschaftlichen Zwangsorganisation für alle Schauspieler geworden. Die Bindung an einen Kollektivwillen ist (auf wirtschaftlichem Gebiet) also gerade dort am weitesten gediehen, wo (beruflich, künstlerisch) ein Hinausstreben über den Durchschnitt, die ausgeprägte Persönlichkeit dringendste Notwendigkeit ist. Der Organisationsgedanke, der aus den materiellen Bedürfnissen heraus erwuchs, fesselt gerade dort seinen höchsten Triumph, wo das berufliche Handeln am wenigsten bestimmt sein soll und sein darf von materiellen Interessen, wo sein Seelisches dafür entscheiden muß. — Es handelt sich ja keineswegs um unlösliche Widersprüche; es ist völlig verfehlt, nur etwa zu sagen: Also entweder Gewerkschafter oder Künstler. Das Wirtschaftliche und das Künstlerische sind zwei verschiedene Sphären, wenn natürlich auch nicht ohne Einwirkung aufeinander. Und keine Entfaltung künstlerischen Strebens ist bedingt durch eine sichere Fundierung der wirtschaftlichen Existenz, wie sie heute schließlich nur die gewerkschaftliche Organisation schaffen kann. Immerhin: die gewerkschaftliche Organisation der Künstler hat ihre eigenen Probleme. Und es ist kein Zufall, wenn gerade die letzten Wochen innerhalb der Schauspielerenschaft heftige Kämpfe um die Fortführung der Zwangsorganisation in der bisherigen Art zeitigten. Zu bedauern ist nur, daß von den an diesen Auseinandersetzungen Beteiligten so wenige die Probleme richtig zu erkennen und zu formulieren wußten, und zwar zum großen Teil einfach deshalb, weil sie vom Wesen und von der Bedeutung einer Gewerkschaft nur eine sehr unklare Vorstellung hatten und z. B. die Gewerkschaftsidee für Erscheinungen verantwortlich machten, die höchstens einer fasschen Anwendung gewerkschaftlicher Grundzüge zugeschrieben werden konnten.

Unter diesen Umständen mußte ein Buch besonders willkommen erscheinen, das dem Jubiläum des 50jährigen Bestehens der Bühnengenossenschaft sein Entzünden verdankt: „Die deutsche Bühnengenossenschaft. Fünfzig Jahre Geschichte“, von Dr. Max Hochdorf. (264 Seiten, Verlag Rippenhauer, Potsdam, Preis 25 M.) Allerdings, in etwas enttäuscht dieses Werk. Gerade für jene Fragen, deren Erörterung jetzt im Vordergrund steht, gibt es verhältnismäßig wenig Material. Das Problem „Künstler und Gewerkschaft“ ist kaum gestreift; wie in der Entwicklung der Orga-

und es wird Ihnen schwer fallen, für die von Ihnen aufgestellten Behauptungen irgendeinen Beweis zu liefern.

Das Antwortschreiben verweist weiter u. a. darauf, daß Gompers auf dem Amsterdamer Kongreß betont habe, zwar nicht mit allen angenehmen Beschlüssen einverstanden zu sein, jedoch Wert lege auf die Erklärung, „daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ihr Möglichstes tun werden, um die neue Internationale zu unterstützen und in Gemeinschaft mit den Arbeitern Europas an der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse mitzuarbeiten.“

Hierzu wird bemerkt: Wir bedauern feststellen zu müssen, daß Herr Gompers das mit dieser Erklärung verbundene Wort nicht gehalten hat — es sei, daß er seine eigene Erklärung vergessen oder durch ein Wortum des Arbeitsverbandes zu dieser Haltung gezwungen wurde. Wir glauben das letztere, zumal wir keinen Augenblick annehmen wollen, daß Herr Gompers ein einmal gegebenes Wort mit Willen und Absicht brechen würde. . . .

Daß Sie Bedenken tragen, einer Bewegung angeschlossen zu sein, die willens ist, die amerikanische Arbeiterbewegung zu vernichten oder die demokratische Republik der Vereinigten Staaten zu stürzen, ist uns durchaus verständlich. Andererseits dürften auch Sie begreifen, daß diese Verdächtigung derart läppisch ist, das uns zugemutete Vorhaben unseren Gedanken so fernab liegt, daß wir es unter unserer Würde halten, darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

Wie dies bereits auf dem Londoner Kongreß deutlich genug gesagt wurde, legen wir auf die Mitgliedschaft des amerikanischen Arbeitsverbandes Wert. Die Frage des Anschlusses ist uns also durchaus nicht gleichgültig. . . .

Auch der deutschen Arbeiterschaft ist es keineswegs gleichgültig, ob die amerikanische organisierte Arbeiterschaft, die neuerdings ja auch einer recht starken Belastungsprobe durch das Internationertum ausgesetzt ist, dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehört oder nicht. Es ist der Internationalen Verständigung wenig zuträglich, wenn die Uebersetzung in Washington so schlecht funktioniert, wie dies aus den Bedenklichkeiten des Herrn Gompers gegen vermeintliche Tendenzen und Absichten hervorgeht, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Wir hoffen daher mit Dubegeest, daß die amerikanische Arbeiterschaft bereit ist, mit dem Vorstand des Bundes in Amsterdam über die zu befolgende Taktik zu verhandeln und — sobald sie ihren Anschluß erneuert hat — dem nächsten Kongreß die ihren Auffassungen entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten. Sollte jedoch der Anschluß einstweilen nicht erneuert werden, dann liegt die Schuld nicht an der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam.

Regierungsbildung und Statistik.

Einen sozusagen mathematischen Beweis dafür, daß es in Preußen ohne die Deutsche Volkspartei nicht geht, liefert Herr Hoff im „Berl. Tageblatt“. Er rechnet aus, daß die Parteien der alten Koalition am 20. Februar 8 117 407 Stimmen erhalten haben, die anderen aber 8 226 101 Stimmen. Umständliche Berechnungen über die Stimmenverteilung in den einzelnen Provinzen sind hinzugefügt.

Uns scheint die ganze Methode verfehlt. Regierungsbildung ist kein bloßes Additionsexempel. Die Bedanterie des Herrn Hoff liefert uns eine Karikatur des bei uns noch herrschenden Systems, das Krampfhaft nach „breiten Grundtagen“ sucht und damit die Regierungsbildung bis zur Unmöglichkeit erschwert. Regierungsfähig ist jede Regierung, die sich durch ihr Programm und die in ihr vertretenen Persönlichkeiten eine solche Machtsstellung im Parlament verschafft, daß sich keine Mehrheit findet, sie zu stürzen. Die verlassene Reichsregierung Fehrenbach beruhte auch nicht auf einer die Mehrheit umfassenden Parteienkoalition, trotzdem hat sie an parlamentarischen Schwierigkeiten nicht zu leiden

gehabt und schließlich ist sie nicht über das Parlament, sondern über sich selber gestürzt. Sie konnte fast ein Jahr lang regieren und hätte noch viel länger bleiben können, wenn sie bloß ihr Geschäft besser verstanden hätte.

Wenn man glaubt, man müsse eine Partei mit einigen Portefeuillen bedenken, damit sie der Regierung keine Anknüpfung zwischen die Beine schmeiße, so ist das eine sehr niedrige Auffassung von den Aufgaben der Parteien. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß man sich zu einer Regierung, an der man nicht teilnimmt, sachlich stellen kann, und wenn sie ein Vorwurf trifft, so ist es höchstens der, daß ihre Sachlichkeit zu wohlwollend war. Könnte deshalb die Regierung Fehrenbach fast ein Jahr amieren, so wäre einer besseren Regierung eine entsprechend längere Amtszeit vorauszusagen. Also die Statistiker werden nie eine ordentliche Regierung zusammenrechnen, mit den toten Zahlen geht es nicht. Aber wenn Männer und Ideen da sind, geht es bestimmt!

General und Dolchstoßlegende.

Dem General v. Zewel ist es, wie vorauszu sehen war, sehr unangenehm, daß wir seine Ausführungen in der „Kreuzzeitung“ als Widerlegung der Dolchstoßlegende zitiert haben. Er besetzt sich, in einer Erwiderung zu beteuern, daß er an die Dolchstoßlegende glaube. Wir haben nicht einen Augenblick gezweifelt, daß diese Erklärung stimmen würde, denn als deutschnationaler Parteimann ist Herr General v. Zewel sozusagen parteiunabhängig zu der „Anschauung“ verpflichtet, daß nur die Revolution die Niederlage verschuldet habe. Wir haben seine Ausführungen auch nur zitiert, um zu zeigen, daß ein General, sobald er unbeeinträchtigt von politischen Erwägungen rein militärisch-sachlich seine Ansichten niederschreibt, sofort zu ganz anderen Ergebnissen kommt, als wenn er in seiner Eigenschaft als Parteimann und Agitator auf die öffentliche Kanzel tritt. Herr General v. Zewel ist durchaus nicht der einzige, der dieses Pech hat. Seine Kollegen v. Ludendorff, v. Kuhl usw. haben, sobald sie als militärische Fachleute und nicht als Parteipolitiker schreiben oder handeln, unbewußt und wider Willen das beste Material zur Widerlegung des politischen Agitationschwindsels der „erdolchten Front“ geliefert.

Damit könnten wir uns begnügen, wenn nicht General v. Zewel an unsere Loyaltät appellierte, auch seiner Erwiderung im „Vorwärts“ Raum zu geben. Er soll dies nicht vergeblich nicht getan haben, hier ist sie:

Da ich ausdrücklich betonte, daß der Hunger nur den geeigneten Nährboden für die Hegearbeit des Radikalismus, die Phrasen der Phantasten und Verbrecher abgeben hätte, ist die Hegearbeit nichts Sekundäres, sondern das Primäre. Ich will aber noch deutlicher werden. Der sozialdemokratische Führer Vater hat sich ausdrücklich damit gebrüht, daß schon vom Januar 1918 ab die systematische Hegearbeit auch beim Landheer, bei den Ersatzgruppen, den Urlaubern und Rekonvaleszenten eingesetzt hätte. Diese Tatsache ist mannigfach bestätigt. Damit ist der Widerstandskraft der Front allmählich das Kreuz gebrochen. Nützlich ist, daß diese Vergiftung unserer Reihen allein nicht genügt hätte, um uns niederzuzwingen, aber sie war mit den militärischen Rückschlägen und der Ueberlegenheit der Feinde die Quelle unseres Unglücks. Sicher ist aber, daß ohne den Dolchstoß von hinten wir nicht wehrlos gemordet wären und deshalb nicht die furchtbaren Bedingungen unserer Feinde anzunehmen brauchten, denn diese waren ebenso, wenn nicht noch mehr kampfmüde als wir. Vollends nichts sagend ist aber die Ausrufe, daß die Revolution erst am 9. November eingesetzt hätte, nachdem der militärische Zusammenbruch schon katastrophal geworden wäre. Der Ruf „Sirene“, „Haut ihn“ ist bekanntlich schon im August 1918 in den Schächten bei Billers Bretonneux, Montdidier, Arras laut geworden, als Echo der sozialistischen Hegearbeit. Weiß das der „Vorwärts“ nicht oder hält er es für geboten, diese Zustände angeht dessen, was wir jetzt erdulden müssen, zu bemänteln?

Herr General v. Zewel hätte sich die letzte Frage sparen

nicht vom deutschen Hauptquartier, sondern von unseren damaligen Feinden.

Kurz vor der Eroberung von Bagdad, als die Dinge im nahen Osten sich sehr kritisch gestalteten, erschienen englische Flieger über Bagdad und warfen Bomben ab, sondern türkisches Papiergeld. Die Folge davon war, daß das türkische Papiergeld auf einen Stand kam, den es später nur noch nach dem Zusammenbruch erreichte, und daß in der Bevölkerung von Bagdad der englische Einmarsch seine Schrecken verlor.

Man sieht also, daß auch dieser Finanzplan, so protest und lächerlich er auf den ersten Blick aussieht, etwas für sich hat, wenn er zur richtigen Zeit von den richtigen Leuten richtig angewendet wird.

Ein Mitarbeiter hat Herrn Höllein über seine Beteiligung an einem Wiedergutmachungsspruch befragt, ist dabei aber das angeleitet. Er sagte sich darauf mit Schiebersti in Verbindung. Sein Bericht lautet:

„Ich teilte Herrn Schiebersti mit, daß die Kommunisten (vorläufig) nicht mitmachen, und daß die Deutschnationalen im Zustande niemand ernst nähme und fragte, was zu tun sei. Darauf Schiebersti:

„Aber warum denn so aufgeregt, lieber Freund? Die Situation ist doch vollständig verändert. Sie sehen wieder einmal das einfachste nicht. Als die Entente ihr Ultimatum stellte, wollte erst kein Mensch annehmen, dann aber, als es angenommen war, fanden sich die Parteien der Banken und der Industrie freundlichst ein und erklärten sich bereit, es durchzuführen. Ru schau's mal: Die Finanzfachleute haben berechnet, daß die jährlichen Zahlungen etwa 10 bis 15 Prozent des Volkswertens ausmachen. Ihre Freunde, die Arbeiter, zahlen schon mehr als das an direkten und indirekten Steuern. Jetzt reißen sich alle Kreise, außer den ohnehin oberausen Agrariern, darum, ihr Teil zur Durchführung der Verpflichtungen beizutragen. Warum wollen Sie es ihnen verwehren? Veranlassen Sie doch einmal ein öffentliches Steuerauscheiden, in dem Sie es jedem freistellen, soviel Steuern zu zahlen wie er will. Wenn bloß die Hälfte der Leute, die heute die Wiedergutmachungspflicht erfüllen wollen, zahlte, ist die Sache in vier Wochen abgemacht. Wozu dann die Aufregung?“

„Ich glaube, der Mann hat doch recht.“

Die Funkstellen Deutschlands. Aus der Hauptfunkstelle Königs wusterhausen sind, wie die „Telefunken-Zeitung“ berichtet, zurzeit vorhanden: 9 Zeitfunkstellen (Potsdam, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Leipzig, München, Stuttgart, Hannover, Königsberg) und 6 Punktstellen. Leipzig, Homburg, Frankfurt a. M. sind mit je einer zweiten Send- und Empfangsstation ausgerüstet worden. Die Zeitfunkstationen verkehren sämtlich mit der Hauptfunkstelle und den benachbarten Funkstellen. Außer diesen Stellen mit Send- und Empfangsstationen bestehen 60 reine Empfangsstationen in den größeren oder wichtigeren Orten; weitere Stellen werden folgen. Den Betrieb regelt das telegraphentechnische Reichsamts, Abteilung Funkwesen, in Berlin. Dieses teilt den Stationen die Wellenlängen zu und legt die Zeiten fest, zu denen sie verkehren dürfen. Mit mehreren Zeitstellen hat die Hauptstelle bereits Veruche mit Schnelltelegraphenapparaten angestellt. Die Ergebnisse waren günstig und sind geeignet, den Funkverkehr weiter zu verbessern.

nisation sich der Gewerkschaftsgebäude gegenüber den Vertretern des Harmoniestandpunktes immer mehr durchsetzte, in welcher Weise er die Einrichtungen der Genossenschaft unterstellte, tritt nicht klar genug hervor; die Eingliederung der Genossenschaft in die allgemeine Arbeiter- und Angestelltenbewegung ist mit allzuwenigen und obendrein mißdeutbaren Worten skizziert; und es fehlt ganz ein Bild ihres heutigen organisatorischen Aufbaus und ihrer Verfassung mit angemessener Erörterung der dabei auftauchenden Fragen: Bloßer Berufsverband oder Betriebsgruppenorganisation, die neben den darstellenden Künstlern auch das technische Personal umfassen muß? Autonomie der einzelnen Lokalverbände oder zentrale Leitung zum mindesten der Kampfstaffel usw.? Man merkt hier, daß nicht ein Organisationspolitiker des Buch geschrieben hat. Und in mancher Hinsicht ist das ein Mangel. Aber dieser Mangel hat auch eine Rehrseite, die sehr freundlich wirkt: Die Bestüre wird so unterhaltsamer.

Die Werte des Buches liegen vor allem in seiner Darstellung des Kulturhistorischen, in den Bildern von der sozialen und rechtlichen Stellung des Schauspielers in den verschiedenen Epochen, daneben in der Schilderung der ersten Versuche, dem „Stand“ durch Geheimgesellschaften, Versicherungsstellen und dergleichen vorwärts-zuhelfen, ferner in den Porträts einzelner Persönlichkeiten, deren Streben und Wirken für die Hebung des Theaters und seiner Darstellerschaft besonders bedeutsam wurde. Recht anschaulich sind auch die Kämpfe skizziert, die im Laufe der Jahrzehnte von der Genossenschaft mit dem Bühnenverein um Schiedsgerichtsbestellung, Aufnahme der Fachbezeichnungen in die Anstellungsverträge, Hausordnungen usw. geführt wurden. Allerdings würde man hier mitunter die Zusammenhänge zwischen den einzelnen angeführten Forderungen, Debatten, Abschlüssen usw. etwas deutlicher herausgearbeitet wünschen. Es liegt an der Darstellungsart Hochdorfs, wenn da gelegentlich keine Bäden bleiben.

Es ist ein Stil, der im übrigen seinen ganz eigenen Reiz hat, wenn er — man möchte sagen: Farbentupfen neben Farbentupfen setzt, statt allmählich entwickelnd, aufbauend seinen Reichtum an Szenen und Ideen gleichsam aus einem Füllhorn schüttet. Und bei jedem Kapitel merkt man gleichermäßen die Liebe zur Kunst wie das soziale Empfinden in der Seele des Autors.

Vielleicht könnten bei einer zweiten Auflage einige Fülligkeiten getilgt werden (ungenauere Schreibung von Namen und mangelhafte Bezeichnung von Quellen). Vielleicht würde es dann möglich sein, auch die letzten Kapitel auszubauen, so daß darin das „Gewerkschaftliche“ besser zu seinem Recht kommt. Die Freude an dem auch jetzt sicherlich sehr verdienstvollen Buche würde dann vollkommen sein.

E. Rehrlepte.

Der neue Finanzplan. In dem „Anterolien mit Schiebersti“ wird uns erzählt:

„Schieberstis Finanzplan ist leider nicht mehr Original. Er ist schon vorgezogen und es ist schon danach gehandelt worden, — natürlich nicht von Reichsmann oder von einer anderen deutschen Regierung,

Groß-Berlin

Das betrogene Postfachamt. 300 000 M. erbeutet.

Ein Postfachschwindel, bei dem es sich um einen Betrag von 300 000 M. handelt, führte gestern 6 Angeklagte, nämlich die früheren Postausgeber Berner Sommer, Erich Jahnke, Rudolf Stecher und die Kaufleute Walter Schäfer und Fritz Sittel, sowie den Maschinenarbeiter Richard Rau vor die Strafkammer des Landgerichts I. Die ersten drei Angeklagten waren als Postausgeber bei dem Postfachamt in Berlin beschäftigt. Anfang 1920 war auf dem Postfachamt eine Zahlartenfälschung vorgenommen. Sommer sprach hierüber mit Jahnke und letzterer regte im Gespräch an, einen Postfachschwindel in Szene zu setzen. Als Teilnehmer an dem Schwindel gewannen sie Stecher. Dieser wußte, daß die Inhaber des Rechtsbureaus Schäfer u. Sieg ein Postfachkonto besaßen und darauf wurde die Ausführung des Schwindels begründet. Sommer brachte auf dem Kontobogen der Firma Schäfer u. Sieg ohne jede Unterlage 120 000 M. als angebliche Heberweisung aus Köln gut. Der Betrag wurde dann von Sieg, der auch angeklagt, aber wegen Krankheit nicht erschienen ist, abgehoben und es erhielten Sommer und Stecher je 40 000 M., Schäfer und Sieg je 20 000 M. Jahnke bekam von diesem Geschäft nichts ab. Nach ehe dieser Schwindel entdeckt war, wurde ein neuer Betrag gleicher Art ausgeführt, zu welchem Jahnke den Sittel gewann, von dem er wußte, daß er ein Postfachkonto besaß. Diesmal heimstehen die zusammen arbeitenden Betrüger 180 000 M. ein. Von dieser Summe ließ Sittel durch den in den ganzen Plan eingeweihten Anwalt Rau am 23. April 1920 120 000 M. und am 24. April 38 000 und 20 000 M. abheben. Die restlichen 20 000 M. wurden bei der Einbuchung des Betrages gesperrt. Ein großer Posten des erbeuteten Geldes ist sinnlos verjubelt worden. Die Post hat nur einen kleinen Betrag zurückgehalten. Von den Rechtsanwälten Dr. Wiseloch, Justizrat Auerbach, Dr. Max Kantorowicz und Dr. Brock wurden für die im allgemeinen gesändigen Angeklagten mitteilende Urteile erbeten, zumal einige von ihnen, wie der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Behnen, zum Teil beschäftigte, geistig minderwertig sind. Der Gerichtshof verurteilte Sommer zu 2 Jahren Gefängnis, Jahnke zu 1 Jahr 9 Monaten, Stecher zu 1 Jahr 6 Monaten, Schäfer zu 1 Jahr 5 Monaten, Sittel zu 10 Monaten und Rau zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Auch wurde Ehrverlust auf 5 bzw. 3 Jahre ausgesprochen.

Handgranatenanschlag in Spandau.

Der letzte Täter.

Großes Ruffachen erregte am 1. November v. J. in Spandau ein Raubmordanschlag, den Reichswehrsoldaten mit Handgranaten auf den Wädhändler Rahntopf verübten. Die Räuber lockten Rahntopf aus der Wohnung heraus und plünderten die Wohnung dann aus. Um den Bestohlenen, von dem sie fürchten mußten, daß er den Verdacht auf sie lenken würde, beabsichtigten sie, erlitten sie einen teuflischen Plan. Beim Verlassen der Wohnung befestigten sie an der Tür mehrere Eierhandgranaten so, daß sie durch das Öffnen der Tür explodieren mußten. Die Berechnung der Täter traf auch ein. Die Explosion richtete in der Wohnung und in dem Hause eine große Verwüstung an, aber Rahntopf selbst kam mit dem Leben davon, wenn er auch schwere Verletzungen erlitten hatte. Kriminalkommissar Trettin gelang es in wenigen Tagen, die ganze Bande, darunter auch den Urheber der Tat, den Gefreiten Willy Ebede, zu ermitteln und festzunehmen. Einem der Verhafteten gelang es, auf einem Transport zu entkommen. Deshalb konnte bisher die Hauptverhandlung gegen die Verbrecher nicht stattfinden, weil alle die Schuld auf den Flüchtigen, den Reichswehrsoldaten Günzel, hoben. Jetzt endlich gelang es Kommissar Trettin, ihn in Grätz, an der polnischen Grenze, zu ermitteln und ihn dort mit einem Beamten in den Wädhändlertagen bei einem Bauern, bei dem er sich unter falschem Namen als Ackerer verborgen hatte, festzunehmen. Er brachte ihn gleich nach Berlin mit und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Nach dem Ergebnis ist Günzel aber nicht der Haupttäter, wie die anderen Verhafteten zu ihrer Entlastung in seiner Abwesenheit behaupteten, sondern nur einer der Verführten.

89 Mill. Mark für Groß-Berliner Eisenbahnbauten.

Für Preußen-Hessen sind im Bereich des Staats der Reichseisenbahnen für einmalige Ausgaben für Bauten usw. 1,58 Milliarden

Mark ausgemworfen. Von dieser Summe sind allein 89 163 Millionen Mark zum Verbrauch innerhalb des Direktionsbezirks Berlin bestimmt, in welchem umfangreiche Bauarbeiten aller Art vorzugehen sind. Für die Vorbereitung eines elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist allein die Summe von vorläufig 16 Millionen Mark ausgemworfen worden, während für den viergleisigen Ausbau der Strecke Oranienburg-Frohnau ein weiterer Teilbetrag von 2 Millionen Mark eingelegt ist. Mit der erstmaligen Bewilligung eines Teilbetrages von 1,4 Millionen Mark für die Herstellung des zweiten Gleises auf der Strecke Tegel-Belten sowie des Teilbetrages von 3 Millionen Mark für Herstellung eines zweiten Gleises der Strecke Tegel-Hennigsdorf geht ein alter Wunsch der Anwohner dieser Strecken sowie der Tegel- und Hennigsdorfer Arbeiter in Erfüllung. Auch der Erweiterungsplan am Bahnhof Friedrichstraße hat weitere 9,8 Millionen Mark erhalten, während fast der gleiche Betrag (10 Millionen) für den Weiterbau der Umgebungsbahn, diesmal für die Strecke Rixdorf-Mahlsdorf ausgemworfen worden ist. Die Umgestaltung der Wohnanlagen in Spandau nimmt fürs erste 21 Millionen Mark in Anspruch. Von wichtigen Arbeiten, für die jedoch nur kleinere Beträge ausgemworfen sind, wäre zu nennen: die Erweiterung der Straßenbrücke zwischen Stralau-Kummelsburg und Treptow (1,5 Millionen).

Erziehung zum Naturkinn.

Das Bezirksamt 14 hat die in Neukölln bestehende Gartenarbeitschule durch Hinzunahme von zwei weiteren Grundstücken wesentlich erweitert, um auf diese Weise eine immer größere Zahl von Schülern dieser neuzeitlichen Einrichtung teilhaftig werden zu lassen. Die überaus günstig gelegenen neuen Schulgärten befinden sich an der Wehnerstraße und am südlichen Sportplatz an der Grenzallee. Unter Einbeziehung des bereits im Vorjahre am Priper Hofen des Feltonanals eingerichteten ersten Schulgartens sind zurzeit die 5., 6., 19., 27., 28., 31., 32., 35., 37., 39., 40. Gemeindegärten und die I. Hilfsschule mit zusammen 67 Klassen und rund 8200 Kindern an die Neuköllner Gartenarbeitschule angeschlossen. Täglich erhalten dabei etwa 22 Klassen ihren naturkundlichen Unterricht, wobei sich Schüler und Schülerinnen zugleich auch praktisch betätigen. Eltern und sonstigen Interessenten bietet sich bei gutem Wetter von 8 bis 12½ Uhr Gelegenheit, durch Besuch der Schulgärten einen Einblick in das Wirken dieser in der Erziehung begriffenen Gemeinschaftsschule zu gewinnen.

Theater und Polizeistunde.

Mit Beginn der Sommerzeit hat der Verband der Berliner Bühnenleiter (Ordnungsgruppe Berlin des Deutschen Bühnenvereins) an das Ministerium des Innern das Ansuchen gerichtet, die jetzt auf 11 Uhr abends festgesetzte Polizeistunde aufzuheben, damit die Theater in der Lage sind, ihre Vorstellungen später beginnen zu können. Die Bühnenleiter begründen das damit, daß ein namhafter Teil des Berliner Theaterpublikums und die Theaterangestellten, die größtenteils keine eigene Hauslichkeit besitzen, auf die Verpflegung im Gasthaus angewiesen sind. Die Theatervorstellungen müßten deshalb schon um 10 Uhr schließen, weshalb ihr Beginn wiederum auf 7 Uhr, spätestens auf 7½ Uhr angelegt werden müsse. Die arbeitende Bevölkerung aber könne sich vor Beginn der Vorstellung weder die nötige Ruhe für ein Abendessen dabei, noch einen Gasthausbesuch zeitlich gönnen. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage, in der sich die meisten Berliner Theaterleiter befinden, wird um rasche Erledigung der Eingabe gebeten.

„Gerechtigkeit für Oberschlesien.“

Am gestrigen Dienstagmorgen fanden in der Philharmonie, im Lehrereinstandshaus und in den Spichernsälen drei große Kundgebungen statt, in denen gegen die letzten Vorgänge und gegen den Versuch einer Teilung Oberschlesiens von bekannten Parlamentariern protestiert wurde. In der Philharmonie sprach Genosse Giebel. Das deutsche Volk in Oberschlesien habe durch die Abstimmung sein Urteil gesprochen und der Oberste Rat habe nur noch dieses Urteil zu vollziehen. Man suche in Frankreich trotz der Annahme des Ultimatus nach einer Ursache zum Kriege und geniere sich nicht, gegen das wehrlose deutsche Volk zu marschieren. Deutschland werde freilich Herrn Koch keine Gelegenheit geben, die Zustände des Dreißigjährigen Krieges zu erneuern. Es ereignete sich dann ein merkwürdiger Zwischenfall. Als unser Genosse davon sprach, daß der Appell an das Weltgewissen bei der französischen und englischen Arbeiterschaft Widerhall finden werde, begagnete er bei einem Teil der Versammlung Widerspruch, der sich in zum Teil

recht unparlamentarischer Weise äußerte. Vor dem Genossen Giebel hatten der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer und der Demokrat Rasche gesprochen. Genosse Giebel hatte im übrigen selbstverständlich gegen die Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland protestiert. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß die Entente, die Oberschlesien übernommen habe, auch für Sicherheit im Lande sorgen solle. Wenn die Interalliierte Kommission zu schwach dazu sei, so solle sie deutsche Kräfte dazu anfordern. Nur wenn Oberschlesien bei Deutschland verbleibe, könne es an der europäischen Aufbauarbeit teilnehmen. In zwei anderen Vermittlungen sprachen die Genossen Ed. Bernstein und Ernst Heilmann.

Aus Tode vorbei.

Vorgestern nachmittag erlitten der Kraftdroschkenführer Wilhelm Hjeland auf der Wache des Bahnhofs in Potsdam und teilte mit, daß zwei Fahrgäste, die er von Spandau nach dem Hotel Sanssouci gefahren habe, ihn um das Fahrgeld geprellt hätten. Auch sei ihm die Fahrt unheimlich gewesen, da die beiden sich ihm gegenüber äußerst verdächtig benommen hätten. Zwei Beamte begaben sich sofort nach dem bezeichneten Hotel und nahmen die beiden jungen Leute, den 18-jährigen Händler Alfred Krüger aus Hamburg und den 20 Jahre alten Hochschüler Ludwig Wessel aus Geismar, in ihrem Zimmer fest. Bei der Durchsuchung des Zimmers fanden die Beamten eine Aktentasche mit einer Eierhandgranate, eine Armeepistole, 50 Patronen, eine 6,5 Millimeter-Selbstkaderpistole, Meißel, Stemmeisen, Feilen und mehrere verdächtige Papiere. Die beiden Eistierten waren durch die schnelle Verhaftung so völlig überfallen worden, daß sie, nachdem auch noch die Waffen und Einbruchswerkzeuge gefunden worden waren, ein Geständnis über einen beabsichtigten Raubmord an dem Chauffeur ablegten. Wie sie selbst angaben, wollten sie Hjeland auf der Spandauer Chaussee erschließen und berauben, sind aber durch den regen Verkehr auf der Chaussee daran gehindert worden. Mit aller Offenheit gestanden sie ferner ein, daß sie, wenn sie die Ankunft der Beamten geahnt hätten, diese ohne weiteres über den Hofen geschossen hätten.

Zu dem Raubmordanschlag in Neukölln erfahren wir, daß in dem Befinden des überfallenen 73 Jahre alten Zigarrenhändlers Regel aus der Hohrechstr. 8 zum Glück eine Besserung eingetreten ist, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß er doch noch mit dem Leben davonkommt, ein Umstand, der für die Aufklärung des Verbrechens ohne Zweifel sehr wesentlich sein wird, weil der Mann wichtige Angaben machen können. Bisher konnte er jedoch noch nicht vernommen werden, weil er immer noch sehr schwach ist.

Der Polken des Berliner Städtebaudirektors. Die städtische Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen hat jetzt die Stelle eines Städtebaudirektors öffentlich ausgeschrieben. In der Ausschreibung dieses bedeutungsvollen Postens heißt es: Die Gemeindebehörden haben die Schaffung der Stelle eines Direktors für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen beschlossen. Der Städtebaudirektor soll Generaldeputierter für das gesamte Aufgabengebiet der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen und Leiter des Zentralamts für Städtebau und Siedlungswesen werden. Als Bewerber kommen nur solche Kräfte in Betracht, die auf dem Gesamtgebiete des Städtebaus, des Siedlungs- und Wohnungswesens in jeder Beziehung erfahren, organisatorisch befähigt, volkswirtschaftlich vorgebildet und mit dem Verwaltungsdienst vertraut sind. Die Anstellung soll auf Privatdienstvertrag mit der Aussicht auf lebenslängliche Anstellung bei Bewährung erfolgen. Bewerbungsgebühren sind bis zum 30. Mai d. J. an die Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen in Berlin zu richten.

Zur Eröffnung der Städtischen Badeanstalt Bärwaldstraße veranstaltete der Kreis I des Arbeiter-Wassersport-Verbandes am 8. Mai ein Hallenschwimmfest. Stadtrat Dittmer, der Vertreter des Bezirks Hallesches Tor, betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die städtischen Behörden alles daran setzen werden, um die Badeanstalt im nächsten Winter offenzuhalten. Wir hoffen, daß die Arbeiter-Schwimmvereine gegen die dem Deutschen Schwimmverband angeschlossenen Vereine mehr Verständigung bei der nächsten Winterbadeaktion bei der Verteilung der referierten Wadefunden finden, da die Arbeiter-Schwimmer nach der Statistik regeres Interesse für diesen gesunden Sport zeigen. Bei den Vorführungen und Wettläufen waren die „Kreis Schwimmer-Charlottenburg“ im gemischten Reigen und die Damen von „Welle“ im Figurenliegen ganz ausgezeichnet. Die Wettläufe zeigten, auch ohne Diplome, daß die Arbeiterschwimmer in nichts zurückstehen und sollte allen noch in hützigeligen Schwimmvereinen befindlichen Arbeiterkindern und Genossen zu denken geben. Einem scharfen interessanten Kampf gab es in der Männerdruckschiffle, die

Unterhaltung folgte. Man konnte nicht recht wissen, was für Gedanken sie sich über das Ganze machte.

Gegen Abend mußte Stine wieder aufbrechen; Lars Peter begleitete sie ein Stück. „Hinterst du nun nicht, daß Mutter sich verändert hat?“ fragte er, als sie über die Hügel weg waren.

„Sie sieht schlecht aus,“ erwiderte Stine ausweichend; sie war nicht überzeugt davon, daß Sörine von dem Aufenthalt drüben ein zärlicheres Gemüt bekommen hatte.

„Ja, die Luft dadrin hat sie angegriffen. Aber sie hat jetzt auch einen anderen Sinn, — sie schimpft nicht mehr so.“

„Was sagt sie zu den Dingen hier im Dorf . . . zu dem Krugwirt und allem . . . und dazu, daß wir das Eisternest verkauft haben?“

„Ja, was sagt sie dazu? Eigentlich sagt sie ja nichts, sondern schweigt vom Morgen bis zum Abend. Und sie will nicht in einer Stube mit uns liegen, — sie scheut Gesellschaft. Es ist auch schwer, sie ins Freie zu treiben, sie geht nur am Abend aus. Und doch scheint es mir, als ob sie zufriedener wäre, — auch mit unsereinem.“

„Und die Nachbarn?“ fragte Stine gespannt.

„Ja, die Nachbarn, die schielen ja tüchtig nach unserem Hause hin. Und die Kinder kommen heran und gaffen zur Tür herein, — vielleicht werden sie von den Erwachsenen geschickt. Wenn sie dann Mutter zu sehen kriegen, stürzen sie freischend davon, als ob der Teufel ihnen auf den Fersen wäre. Das trägt ja nicht dazu bei, daß sie zur Ruhe kommt.“

„Sie glauben, daß sie ein eingebranntes Mal auf der Stirne trägt,“ erklärte Stine. Sie hatte es selber geglaubt und war erstaunt darüber gewesen, daß es nicht der Fall war. „Hat niemand euch eingeladen?“ fragte sie.

„Nein, noch nicht. Aber eines Tages spricht wohl der eine oder andere vor und sagt guten Tag, — wenn die Leute sich einmal an die Lage gewöhnt haben. Mehr als einer hat Lust dazu; aber der eine getraut sich nicht vor dem andern.“

Lars Peter sah Stine erwartungsvoll an, um eine Bestätigung seiner Hoffnung zu erlangen, aber sie schwieg. Und dieses Schweigen war ebensogut wie viele Worte; sehr hell erschien ihr die Zukunft wohl nicht.

(Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

„Was ist mit dir?“ fragte Karl, als sie zur Mittagszeit nach Hause kam, mit gerötetem, verweintem Gesicht.

„Ich möchte so gern die zu Haus besuchen,“ sagte sie.

„Dann lauf nur, wenn wir gegeben haben,“ sagte er.

„Ich werd' schon das Vieh besorgen. Sie ist nicht zu Hause, sie ist in der Stadt.“ Er liebte es nicht mehr, Mutter zu sagen.

Sörine stand in der Küche und wusch, als Stine kam. Ihre sommerprossigen Arme waren unheimlich mager und hantierten so selbstsam unsicher mit der Wäsche, als hätte sie früher nie zu waschen versucht. Hohlwangig war sie geworden, bleich und fleckig; das Gesicht ließ das Licht nicht zurückstrahlen. Mit fremden Augen starrte sie Stine an, — wie ein aufgeschüchtes Tier, so schien es Stine. Dann trocknete sie sich die Hände an der Schürze und hielt eine klamme Hand hin. Stine ergriff sie, ohne die Mutter dabei anzusehen.

So standen die beiden einander eine kleine Weile gegenüber und wußten weder aus noch ein. Stine war es weich ums Herz; sie war dem Weinen nahe, hätte sich der Mutter an den Hals werfen können bei der geringsten Annäherung von Sörines Seite.

Aber Sörine regte sich nicht. „Wasser und die Kinder sind im Hofen,“ sagte sie endlich, mit einer Stimme, die weder Blut noch Klang hatte. Stine ging dorthin, froh über den Anlaß, von ihr weg zu kommen.

Lars Peter stand unten im Laderaum des Deckbootes und machte rein; die Kinder saßen auf dem Bollwerk. Er arbeitete sich aus der Luke heraus und kam ans Land. „Das war brav von dir, bei uns vorzusprechen,“ sagte er froh bewegt und gab ihr die Hand. „Schönen Dank dafür!“

„Ach, Vater, das sollst du nicht sagen,“ erwiderte Stine mit verzerrtem Gesicht. Sie war nahe daran loszuheulen. Alles stürmte plötzlich auf sie ein, weil er es auf diese Weise auffaßte.

„Ja, das war brav von dir, — du hättest ja nicht zu kommen brauchen,“ sagte er und legte den Arm um ihre Schulter. „Verstehen hätt' ich es können, wenn du fortgeblieben wärest. Hast du der Mutter guten Tag gesagt?“

Stine nickte, sie war noch nicht ganz ruhig; öffnete sie den Mund, um zu antworten, so konnte die Gemütsregung sie leicht überwältigen. Und heulen wollte sie nicht mehr, nicht um alles in der Welt! Das taten nur Kinder — und halberwachsene Mädchen!

Lars Peter setzte sich auf einen Vertäuungspfahl und zerrte die langen Stiefel ab; sie reichten ihm bis zur Hüfte, und die Prozedur lief nicht ohne Getöse ab. „Man fängt an, steif zu werden,“ sagte er ächzend . . . „und dann die Gicht in den Gliedern. Entweder merkelst sich das Alter, oder man kann das Handwerk nicht vertragen.“

„Na, was sagst du nun zur Mutter?“ fragte er, während sie zum Hause hinschlenderten. „Sie ist ja allem noch ein bißchen fremd,“ fuhr er fort, als Stine nicht antwortete. „Aber darüber kann man sich ja nicht wundern — wo sie so viele Jahre eingesperrt war. Sie hat sich sicher drüber gefreut, dich zu sehn. — Ja, du hast es vielleicht nicht so merken können, sie versteht es noch nicht, die richtigen Worte für ihre Gedanken zu finden. Aber man kann gut merken, daß sie doch ein warmes Herz für uns alle hat. Gott sei Dank, daß wir sie wieder zu Haus haben! Und nun sei du auch ein bißchen freundlich zu ihr, — sie kann's brauchen; die Leute hier im Dorf betrachten sie ja nicht gerade mit milden Blicken. Sie meinen wohl, sie hätte eigentlich drüben bleiben sollen; darum müssen wir andern versuchen, ein bißchen gut zu ihr zu sein.“

Sörine hatte den Kaffee gemacht. Lars Peter nahm es als eine Freundlichkeit hin und sah sie dankbar an; er war gut gelaunt. Sie ging schweigend umher und sorgte für die Familie; wie eine Fremde, fast wie ein Gespenst bewegte sie sich; eine undurchdringliche Luftschicht war zwischen ihr und den andern. Die Kinder hatten sich noch nicht mit ihr auf vertrauten Fuß gestellt; man sah es ihren Augen an, die jede Bewegung Sörines mißtrauisch verfolgten. Und sie selbst sah beinahe aus, als wäre sie unversehens aus einer Welt herabgefallen, wo man seine Tage ganz anders zubrachte. Stine fragte sich erstaunt, ob sie überhaupt sehe und höre, was um sie vorging; nicht einmal die Augen verrietten, daß sie der

können. Denn mit seinen beiden alten Väterbüchern „Vater und Streifbroscher“ — den einzigen Argumenten, auf denen die Dolchstoßlegende basiert — haben wir uns wohl ein Duzendmal beschäftigt und sie bis ins Letzte wiederholt. Zunächst sollte Herr v. Zuehl nicht so weit in die Manieren plattester Strohdemagogie verfallen, daß er Herrn Vater, der im Kriege Unabhängiger war und heute Kommunist ist, ohne jeden Zusatz als „Sozialdemokraten“ bezeichnet, womit gemeinhin Anhänger der SPD. bezeichnet werden. Will General v. Zuehl hier absichtlich eine Täuschung erregen oder ist er ein Getäuschter seiner eigenen Parteidemagogie, wenn er immer wieder ohne jeden Zusatz von „sozialdemokratischer Hegelei“ redet. Der Grund dieser Täuschung ist uns allerdings erklärlich. Man will eben die Hegelei ganz weniger Personen ins Lausendfache vergrößern, indem man sie unwahrscheinlicher Weise mit der großen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung bringt.

Aber gerade die Tatsache, daß man nie etwas anderes anzuführen weiß, als eine renommierte, durch ihren Inhalt absolut unwahrscheinliche Aeußerung einer lokalen Größe wie Herrn Vater und den noch nicht einmal von einem Ohrenzeugen, sondern dem Verwandten eines angeblichen Ohrenzeugen öffentlich behaupteten Ruf „Streifbroscher“, gerade das beweist, daß eine auf Vermählung der Armees während des Kampfes gerichtete Agitation nur im kleinsten Umfang, falls überhaupt, bestanden haben kann. In Frankreich haben 1917 Duzende von Regimentsintern offen gemeutert. Auf deutscher Seite ist dergleichen nicht vorgekommen. Also könnte man mit Recht behaupten, daß im französischen Heer eine zerfallende Agitation in viel stärkerem Maße bestanden hat. Trotzdem hat die Entente gesiegt. Daraus geht klar hervor, daß eine auf Zerlegung des Heeres gerichtete Agitation auf deutscher Seite nicht die Ursache der Niederlage gewesen sein kann.

Gegen den Reichstagsabgeordneten v. Kardorff, der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Halle war, ist eine Agitation im Gange, um ihn zur Mandatsniederlegung zu zwingen, weil er für die Annahme des Ultimatums gestimmt hat. Die „Kölnische Zeitung“ legt sich zwar für Herrn v. Kardorff ins Mittel. Er habe als gebürtiger Schlefier sei ihm die Lage in Oberschlesien noch bestem Gewissen geblieben, es gehöre ein gut Teil parteipolitischer Kurzsichtigkeit dazu, ihm deswegen das Vertrauen zu entziehen usw. Aber die Deutsche Volkspartei erntet deswegen nur die Früchte ihrer eigenen nationalitätlichen Hegelei.

Gleiche Brüder... Die Sozialdemokratie hat im Preussischen Landtag eine große Anfrage eingebracht. Sie betrifft die Personalpolitik, die die Regierung Stegerwald in der preussischen Verwaltung zu treiben gedenkt. Bezeichnenderweise bringen die „Kreuz-Zeitung“ und die „Rote Fahne“ diese Anfrage unter der gleichen Überschrift: „Die Angst um die Parteitrippe“. Es ist charakteristisch für die rein demagogische Politik der beiden Extreme, daß Kommunisten wie Deutschnationale die Frage der preussischen Verwaltungsreform in der nicht zuletzt der Kampf um die politische Macht sich entscheidet, nur unter dem Gesichtswinkel der Stellenjagd sehen können oder zum mindesten so tun, als sähen sie nichts anderes dahinter. Die edlen Seelen finden sich immer wieder!

Nicht rechtmachen kann es ein sozialdemokratischer Oberprüfender den Vätern der Reaktion. Vor ein paar Wochen wurde Genosse Hering von der gesamten reaktionären Presse beschimpft und angepöbel, weil er ein deutschnationales Blatt in Halle (unter dem Ausnahmezustand) wegen seiner heftigen Tätigkeit verboten hatte. „Wo bleibt die Pressefreiheit?“, war die unaufhörliche Frage der reaktionären Blätter, denen es natürlich nur um Aufrechterhaltung dieser demokratischen Erregungschäfte zu tun war. Jetzt ist dieselbe reaktionäre Presse — voran die „Tägliche Rundschau“ — über denselben Nachlass entripelt, weil er eine in Halle neu erscheinende kommunistische Zeitung — nicht verbietet. Die Pressefreiheit ist diesen Vorkämpfern demokratischer Erregungschäfte auf einmal gänzlich verfallen.

Verbotene Zeitschriften. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Vertrieb der Zeitschriften „Deutschlands Erneuerung“ und „Kadaverdatsch“ im besetzten rheinischen Gebiet für drei Monate verboten.

Neues Operettentheater: „American Girl“. Schon wieder etwas Amerikanisches. Aber die Amerikaner kommen von unseren Ententegegnern immer am schlechtesten weg. Dieses „American Girl“ verlangt z. B. von allen Mitwirkenden eine Arm- und Beinmuskulatur, eine Puste, auch dem Orchester, daß wir nur mit Stauung das Ausbleiben eines Ohnmachtsanfalles konstatieren. Aber bald wurde daraus ein Stückchen Poesie? Nein, neben seiner eigenen, vernünftigen, intelligenten Frau unmöglich zu genießen, für einen Strohwitwer geht es noch zur Not.

Doscar Blumenthal hat nebst anderem Fehlenden seinen Doktor sicher nicht in Völkerpsychologie gemacht. Seine Reden sind manchmal gar nicht übel. Seine Lippen (von Charakteren darf man nicht sprechen) zerbröckeln schließlich zu nichts, selbst wenn sie zuerst noch etwas aussprechen. Die Handlung kennen wir schon.

Die Musik von Carl Zorlig hat den einzigen Vorzug, daß ihre Banalität einen Zug brutaler Animalität in sich trägt. Diese Animalität scheint dem Publikum zu gefallen, das an den Dacapo-Rufen nicht spart.

Sie gebühren und gollten wohl allerdings zumeist der trefflichen Aufführung und ihrem flotten Tempo. Ein Fecht-Concendorkoff als Bajos von Erdboden, den halben Abend allein wert. Heinz Solmer mußte seine zäffigen Kräfte an eine heftige Moltenaufgabe verschwenden. Rudolf Hilberg mimte einen kausalen Schwermüder. Von den beiden entzückend repräsentierenden Freundinnen Lois Grahl und Agni Wisse dürfte die erstere gesangliche Studien betreiben. Auch R. Pasch geht an seinen langgezogenen Kantilenen fast zugrunde, zumal die dicke Lippe Aufgabe ihn sicherlich nicht reizt. Josefina Klein und Ida Berg seien nicht vergessen. Dr. A. Reumann leitete das Ganze als Dirigent nicht fehlerlos, als es verlangt wird, aber auch nicht schlechter. Die Dekorationen, namentlich im zweiten Akt, erlebten vieles von der lebendigen Poesie in der Handlung und der Musik.

Heinrich Maurer.

S. Vardo Bazan †. Im Alter von 69 Jahren starb in Madrid die Gräfin Emilia Vardo Bazan, die in ihrem Lande als Meisterin spanischer Prosa und Erzählkunst galt. Ihre Werke sind in fast alle modernen Sprachen übertragen worden, auch in Deutschland ist die große spanische Schriftstellerin daher keine Unbekannte. Die Gräfin Vardo Bazan war die Freundin fast aller führenden Politiker des Landes und nahm auch am politischen Leben regen Anteil, wobei sie sich zu einem gewissen Feminismus bekannte. Durch ihre Vorkenntnisse an der Madrider Universität, an der sie einen Lehrstuhl für Literatur inne hatte, vermochte sie auch auf die jüngere Generation Spaniens tiefgehenden Einfluß auszuüben.

Mitteilliches London. Die neuesten Anzeichen über das Verhältnis der Geburts- und Sterberaten in London zeigen, daß die Zahl der Geburten die der Toden im Jahre 1920 so hart überholt, wie kaum je zuvor. Auf 1000 Einwohner kamen 23 Geburten und 13 Todesfälle. Die Geburtenzahl der Kinder unter einem Jahr betrug 6 Proz. Überhaupt nimmt die Kindersterblichkeit in England fortwährend ab, und das war auch während des Krieges der Fall.

Die Entwaffnungsforderungen der Entente.

In der Entwaffnungsforderung der Entente im Ultimatum ist der deutschen Regierung nunmehr eine Ausführungsnote zugegangen, die wesentlich neue Punkte nicht enthält, aber die Termine für die einzelnen von der deutschen Regierung zu treffenden Maßnahmen sehr genau festlegt.

Einzelne Ausstände, die die Interalliierte Militärkommission an der Organisation der Reichswehr und ihrer Verwaltungsstellen zu machen hatte, müssen bis zum 15. Juni aus der Welt geschafft sein. Kriegsmaterial, das über die Höchstzulassungen hinausgeht, ist bis zum 10. resp. 20. Juni abzuliefern. Bis zum 22. Mai ist ein striktes Beförderungsverbot für Waffen und Material mit Ausnahme des zur Herstellung, Ablieferung oder Außergebrauchstellung gelangenden erlassen worden. Die Waffenablieferung der Bevölkerung muß bis zum 10. Juni vollständig beendet sein. Die Ablieferungsorte für nichtgenehmigte Auslieferungsgegenstände der Landbesetzungen laufen am 31. Mai, die für nichtgenehmigte Auslieferungsgegenstände der Küstenbesetzungen am 10. Juni ab.

Wichtig sind die Bestimmungen über die Auflösung aller Selbstschutzzorganisationen.

Sie muß nach den Bestimmungen der Pariser Note zum 30. Juni bewirkt werden. Um die rechtzeitige Kontrolle über diese Auflösung zu gestatten, muß die Liste der Organisationen, welche die deutsche Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen beabsichtigt, der Kommission vor dem 31. Mai 1921 mitgeteilt werden. Die Waffen- und Munitionsablieferungen, welche den Bestimmungen der Pariser Note entsprechend, am 31. März hätten bewirkt werden müssen, müssen vor dem 10. Juni 1921 vollständig beendet sein. Bei der Ablieferung sind die von der Bevölkerung, den Selbstschutzzorganisationen, der Polizei und der Reichswehr herrührenden Waffen gesondert anzuführen.

Hinsichtlich der Polizei

will sich die Entente vor allem Sicherstellen dafür schaffen, daß sie nicht als mobile militärische Truppe ausgebildet wird. Sie verlangt deshalb im einzelnen, die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit abzuschaffen, jeden Personalaustausch zwischen Polizei und Reichswehr zu untersagen, die Polizeiwachen herabzusetzen und ihnen den Vorkriegscharakter zurückzugeben, die Polizeilegerformationen abzuschaffen und die Gesamtstärke aller Polizeikategorien, der uniformierten und nichtuniformierten, auf die Zahl von 350 000 Mann herabzusetzen. In dieser Hinsicht scheint eine gegenseitige Meinung zwischen Reichsregierung und Entente dahingehend bestanden zu haben, daß die Reichsregierung die Kriminalbeamten nicht zur Polizei im engeren Sinne zählte. Aber die Bewaffnung stellt die Note neue Höchstanzahlungen in Aussicht. Ob die Forderungen der Reichsregierung auf Zustimmung einer besseren Bewaffnung bewilligt werden sollen, ist damit nicht gesagt. Die notwendigen Umbildungen müssen bis zum 15. Juli durchgeführt sein.

Auch in das deutsche Wirtschaftsleben

greift die Note ein. So muß die deutsche Regierung bis zum 20. Mai die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkennen. Da wir diese Fabriken nicht selbst angeben dürfen, ist die Eignung der Fabriken nicht immer in vollem Umfange berücksichtigt worden. Weiter hat die deutsche Regierung die Pflicht, schnellstens, bis spätestens zum 30. Juni, ein Gesetz zu erlassen, das dem Ein- und Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial Geltung verschafft.

Die Freiheit der Kontrolle für die Militärkommission muß bis zum 20. Mai sichergestellt werden.

Die Schreiben und Gesuchen der deutschen Regierung in dieser Materie sind durch die Note erledigt.

Berlin, 17. Mai. Die Interalliierte Luftfahrkontrollkommission hat unter dem 13. Mai eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der in Vertiefung der Annahme des Protokolls von London vom 5. Mai 1921 durch die deutsche Regierung folgende Entscheidung der alliierten Regierungen über das Luftfahrwesen mitgeteilt wird:

1. Die Nachforschungen nach verstoßenem Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern und alle im Artikel 202 vorgesehene Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein.

2. Deutschland muß die Ausführung der Entscheidung von Boulogne sicherstellen, wonach die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden darf, an dem die Interalliierte Luftfahrkontrollkommission anerkannt haben wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist.

3. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelinlinien verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden durch einen besonderen Vertrag bestimmt.

4. Deutschland muß vor dem 31. März 1921 die obengenannte Summe von 25 Millionen Mark zahlen. (Zahlung ist bereits erfolgt. Die Red.)

5. Deutschland muß die Entscheidung der Rostocker Konferenz vom 8. November 1920 befolgen, wonach die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen untersagt wird. Um die Annahme des Artikels 198 des Vertrages, der ihm den Besitz aller Luftstrahltriebwerke für Heer und Marine untersagt, sicherzustellen, muß Deutschland außerdem diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den Alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die gleiche Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die Alliierten Regierungen werden sich durch ständige Überwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtung erfüllt.

Das Auswärtige Amt hat diese Not der Kontrollkommission wie folgt beantwortet:

In Ihrer Note vom 13. Mai 1921 fordern Sie, daß Ihnen bis zum 18. Mai die Maßnahmen mitgeteilt werden, die die deutsche Regierung erlassen hat, um die Durchführung der Vorschriften zu sichern, die in den Nummern eins, zwei, drei und fünf der Luftfahrkontrollprotokolle vom 29. Januar 1921 enthalten sind.

Ich beehre mich dazu das Folgende zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung wird bemüht sein, das in Deutschland noch verbleibende Luftfahrgerät mit größter Beschleunigung zu entfernen; sie wird die Nachforschungen der Kontrollkommission nach diesem Gerät in jeder Weise erleichtern und ist bereit, deren einzelne Wünsche in jeder Hinsicht zu berücksichtigen.

2. Es werden in kürzester Zeit die gesetzlichen Maßnahmen getroffen werden, um die Ausführung der Entscheidung von Boulogne über Herstellung und Einfuhr von Luftfahrgeräten sicherzustellen.

3. Die deutsche Regierung wird die für die Zerstörung von Zeppelinlinien geforderte Entschädigung leisten und liegt der Überlieferung eines entsprechenden Vertragsentwurfs entgegen.

4. Die deutschen Polizeiformationen sind nicht im Besitz von Flugzeugen und werden auch in Zukunft nicht mit solchen ausgestattet werden.

Die deutsche Regierung wird die Kontrollbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden.

Die italienischen Wahlen.

Mailand, 17. Mai 1921. (E.B.) Die ersten Wahlergebnisse können nach dem „Corriere della Sera“ für den Block der nationalen Parteien als befriedigend betrachtet werden, wenn auch die Katholiken und Sozialisten nicht so viel Siege zu verzeichnen scheinen, wie die Feststimmten vorausgesehen. Bemerkenswert ist die um 5 Proz. regere Wahlbeteiligung als bei den letzten Wahlen. Geschlossen folgten die Deutschen in Südtirol und die Slawen in Istrien. Es steht bereits fest, daß die Sozialisten in verschiedenen Zentren Mittel- und Norditaliens an Zahl eingebüßt haben. Auffallend ist die Ueberlegenheit des nationalen Blocks gegenüber den Sozialisten in Genua, Ferrara, Florenz und Perugia. In Rom erhielten die Sozialisten mehr Stimmen als erwartet wurde, sie bewahrten ihre Stimmen auch in Mailand, Venedig und Bari. Einen unvorhergesehenen Erfolg erlangten sie in Neapel, wo sie an zweiter und dritter Stelle stehen. Der frühere Ministerpräsident Salandra ist wiedergewählt. Der Kampf wurde in Südtalien mehr zwischen den Regierungskandidaten und der bürgerlichen Opposition unter der Führung Rittis ausgetragen. Diese hatten einen anfänglichen Erfolg in Salerno zu verzeichnen, wo sie vier Mandate erlangten. Rittis geschlagen wurde die Opposition Rittis bogegen in den Abruzzen.

Der nationale Block siegte ferner in Padua, Rodigo, sowie in Stadt und Provinz Florenz. In Reggio Emilia wurden wegen der Stimmenthaltung der Sozialisten nur 3650 sozialistische gegen 21 270 des nationalen Blocks und 15 850 Stimmen der Katholiken abgegeben. In Bergamo, Sondria und mehreren Wahlkreisen Venetiens sind die Katholiken in der Mehrheit geblieben. Außer in Mailand siegten die Sozialisten in Mantua, Pavia, Pisa und mehreren anderen Städten.

Es dürften noch einige Tage vergehen, ehe die Ergebnisse der am Sonntag vorgeschrittenen Wahlen vollständig und endgültig vorliegen. Die bisher gemeldeten Zahlen sind jedoch umfassend und eindeutig genug, um eine Beurteilung der neuen politischen Situation in Italien zu gestatten.

Was mit Sicherheit vorausgesehen war und hier erst genug vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Auch in Italien verliert das Proletariat durch eigene Schuld, oder vielmehr durch die Schuld seiner Führer an Boden. Einen glänzenden Aufschwung hatte die sozialistische Partei bei den Wahlen im November 1919 erlebt: 156 Sozialisten aller Schattierungen waren als Vertreter einer geeinigten Partei in Montecitorio eingezogen, und es schien, als ob gerade in Italien die Tage der bürgerlichen Befehlshausordnung gezählt wären. Aber durch ihre Erfolge übermütig geworden, glaubten die radikalsten Führer des linken Flügels der Partei, ihre Zeit sei schon jetzt gekommen, und sie versuchten nun, nach bolschewistischem Muster die Macht zu ergreifen. Sie fühlten sich hierzu um so mehr verpflichtet, als die italienische Partei, die während des Krieges aus rein pazifistischen Gründen aus der Zweiten Internationale ausgetreten war, inzwischen der Moskauer Internationale beigetreten war. Es folgte nun eine Zeit ununterbrochener politischer Streiks und sonstiger Aktionen, von denen die meisten mißlingen. Gesteigerte radikale Phrasologie mit weiteren krasphematischen Gewaltexperimenten war die Folge dieser ersten Enttäuschungen. Und die weiteren Folgen ergaben sich sodann von selbst: Enttäuschung und Entmutigung, d. h. Zunahme der politischen Gleichgültigkeit im Lager der Arbeiterschaft, „Berrats“-Geschrei der Linksradikalen, der eigentlichen Schuldigen an diesem Niedergang, gegen die „Bremser“, d. h. erfahrenen Führer des rechten Flügels, wie Turati und Treves, deren Ausschluß bald verlangt wurde, und schließlich die Spaltung von Livorno, bei der auch das „Zentrum“ unter Führung von Serrati ebenfalls als „konterrevolutionär“ auf Moskauer Befehl von der kommunistischen Internationale ausgestoßen wurde. Aber die gleichzeitige, unermessliche und schlimmste Folge dieser blödsinnigen Taktik war, daß sich das Bürgertum zur Wehr setzte, sich zusammenschloß, eigene bewaffnete Organisationen, die Fascistenverbände bildete, die sehr bald in ganz Italien das Feld beherrschten.

Von der proletarischen Revolution ist man jetzt in Italien weit mehr entfernt als vor zwei Jahren. Das ist der neueste „Erfolg“ der kommunistischen Theorie und Praxis, der nur eine Bestätigung aller sonstigen in sämtlichen Ländern Europas gemachten Erfahrungen bildet.

Der Fluß des Florian Geper, den Paul Levi als Motto seiner bekannten Schrift zitiert: „Die beste Sache, die edelste Sache, in Euren Händen ist sie gewesener als das Kleinod im Gaußal!“ trifft die italienischen, ebenso wie die deutschen, die französischen und alle anderen Kommunisten Europas, die nur der Reaktion geholfen haben, wieder emporzukommen.

Es ist unter diesen Umständen sogar ein Wunder, daß die Sozialisten nur ein Drittel ihres Bestandes verloren haben. Zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind die Kommunisten, die bis zur Spaltung in allen Parteianglegenheiten und taktischen Fragen das große Wort führten. Insofern wird die Lehre dieser Neuwahlen vielleicht doch heilsam auf die italienische Arbeiterschaft wirken und wird nun unter vernünftigerer Führung der italienische Sozialismus einen neuen Aufstieg erleben können.

Saararbeiter für englische Kohlenblockade.

Saarbrücken, 17. Mai. (E.B.) Bei den heute in der Bergwerksdirektion zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiter und Saararbeiterverbände abgehaltene Lohnverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Bestand von Saarkohle nach England nicht dulden könnten. Das Solidaritätsgefühl ist bei den Saararbeitern sehr stark ausgeprägt, und sie zögen es vor, freier zu sein, als Streikbrecherdienste zu leisten. Die französische Direktion erklärte, daß ein direkter Verkehr nach England nicht statfände, daß sie aber durch den Streik neue Absatzgebiete gewonnen hätte, und daß die Bergarbeiter, falls diese Absatzgebiete nicht gewonnen werden wären, im Monat Mai nur 17 Schichten hätten verfahren können.

Die baltische Regierung hat beschlossen, alle deutschen Denkmäler in Roodschleswig zu erhalten, darunter darf auch das große Bismarckdenkmal in Anisoberg nicht zerstört werden.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter und Münzverbrechen.

Aus der Reichsdruckerei wird und gelehrt: Ueber die Bekämpfung der Münzverbrechen und Ursachen der Banknotenfälschung brachte Herr Kriminalkommissar v. Liebermann vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel, dessen Schlussfolgerung bezüglich der Einstellung von Arbeitskräften in der Reichsdruckerei nicht unüberwunden bleiben dürfen.

Herr v. L. sagt, der Arbeiterkamm war früher ein kleiner, die Arbeitsstelle vererbte sich vom Vater auf den Sohn, die Beschäftigung in der Reichsdruckerei war eine Empfehlung, der seitens Schande gemacht wurde. Es sei ein gutes Zeichen für den Geist, der noch in der Reichsdruckerei walte, daß noch in keinem Falle das dort verwaltete Material von Gelddruckplatten und Banknotenpapier zu Fälschungen mitgebracht worden wäre. Dann wird weiter gesagt, es sei ein Uebel und müßte sich früher oder später rächen, daß die Direktion seinen maßgebenden Einfluß auf die Auswahl des Personals mehr hat. Mit dem Einstellen durch den Arbeitsnachweis müsse unter allen Umständen gebrochen werden.

Diese Ausführungen bedeuten letzten Endes eine sehr schwere Beleidigung des vom Arbeitsnachweis übermittelten Personals, einen Eingriff eines Außenstehenden in Abmachungen zwischen Direktion und Arbeitervertretung und verdrängen totale Unkenntnis der Vorgänge bei Einstellungen des Personals. Schon der Widerspruch in dem Artikel muß aufpassen. Der Verfasser bestreitet selbst, daß noch kein Platten- und Papiermaterial zu Fälschungen mitgebracht worden sei. Ein glänzendes Zeugnis für das zum größten Teil vom Arbeitsnachweis vermittelte Personal. Warum spricht denn Herr v. L. Zukunftsvorbildungen aus? Es dürfte doch dem Herrn Kriminalkommissar hinreichend bekannt sein, daß selbst die Herkunft aus Beamtenfamilien keinerlei Gewähr dafür bietet, daß ein Kind in Verführung kommt. Es sei nur an die Diebstähle an der Wienbahn und Post (siehe Postamt 54, Post Antoch) erinnert, wo langjährige Beamte in Frage kommen. Auch dürften sich die letzten Leute des Hauses Grünthal, kaiserlicher Oberfaktor in der Reichsdruckerei, erinnern, der doch sicher nicht vom Arbeitsnachweis kam. Es wird deshalb niemand einfallen zu sagen, die Beamten im allgemeinen eignen sich nicht für Vertrauensposten. Bei Einstellung in der Reichsdruckerei wird ein polizeiliches Führungsattest verlangt, demzufolge können nur Personen von makelloser Führung beschäftigt werden. Die Weiterverbreitung in der Verwandtschaft verurteilt man immer mit Recht als Vetterwirtschaft, die nun durch die Arbeitsnachweise ausgeschaltet ist.

Vorsichtsvolle Zustände.

Bis zum 3. Mai gab es bei der Firma M. J. Emden Söhne, Scheldstr. 8/13, einen Angestelltenrat, bestehend aus zwei Ören, von denen der eine Personalchef mit Einstellungs- und Entlassungsbezugnis, der andere Bureauchef war. Vor etwa vier Wochen kam es zur Ausschreibung einer neuen Betriebsratswahl. Der Wahlaustrich wurde indessen nicht regelmäßig eingeleitet, vielmehr war dem alten Angestelltenrat von der Firma die Funktion des Wahlaustriches übertragen worden. Dieser sah seine Aufgabe darin, alle vom Personal eingereichten drei Listen zu entfernen und nur eine vierte, welche die sieben Kinder des Arbeitgebers umschloß und von Fabrikantenlöhnen aufgestellt war, bestehen zu lassen. Angestellte, welche die anderen Listen durch ihre Unterschriften unterstützten, wurden so lange, teils sogar durch Drohungen bearbeitet, bis sie ihre Unterschriften zurückzogen und damit einen formellen Grund zur Annulierung der anderen Listen gaben. Als die Angestelltenratschaft in einer Versammlung gegen die ganze Wahlhandlung protestierte, antwortete die Firma mit Massenkündigungen. Am Wahltage erklärte die Firma, daß nur eine der eingegangenen Listen Gültigkeit hätte und somit gewählt sei! Kuher diesen idyllischen Zuständen läßt die Firma ganz nach Willkür Überstunden machen, weit über die gesetzliche Anzahl hinaus. Die organisierten Angestellten seien hiermit ausdrücklich vor dieser noblen Firma gewarnt. Auch die zuständigen Behörden werden sich noch mit dieser Firma zu beschäftigen haben.

Professoren im Hotel Eggenhof. Da die Direktion zwei Angestellte, angeblich ihrer kommunikativen Stimmung wegen entlassen

hatte, forderte der Betriebsrat deren Wiedereinstellung und proklamierte, als diese verweigert wurde, am ersten Pfingstfesttag den Streik für die etwa 450 Betriebsangehörige. Der Streikbetrieb wurde aufrechterhalten, der Streikbetrieb mußte geschlossen werden. Verhandlungen sind zunächst ergebnislos verlaufen.

Schwerarbeitsbetriebe der Berliner Gemeinde.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss am 9. Februar wurde von den Parteien der Wunsch ausgesprochen, den schwanke Begriff des Schwerarbeiters durch den bestimmteren der Betriebe festzulegen, in denen Schwerarbeit geleistet wird. Der Schlichtungsausschuss gab in seinem Schiedsspruch den Parteien auf, „bis zum 1. März 1921 diejenigen Betriebe festzustellen, in denen Schwerarbeit geleistet wird“. Soweit die in diesen Betrieben Beschäftigten die Zulage von 10 Pf. als Schwerarbeiter nicht bereits bezögen, sollte sie ihnen vom 1. November 1920 ab nachgezahlt werden. Da es hierüber zu keiner Verständigung kam, wurde der Schlichtungsausschuss ersucht, diesen Teil des Schiedsspruchs zu erläutern. Dies geschah am 26. Februar dahingehend:

„Unter Betrieben, in denen Schwerarbeit geleistet wird, sind technische Betriebe und technische Abteilungen der Anstalten und Kammereibetriebe zu verstehen. Die Feststellung dieser Betriebe bleibt den Parteien überlassen. Der Zuschlag von 10 Pf. für die Arbeitsstunde vom 1. November 1920 ab ist allen Arbeitern der Betriebe, auf die sich die Feststellung erstreckt, zu gewähren.“

Wie nun die „Freiheit“ berichtet, hat der Magistrat die Durchführung des von ihm anerkannten Schiedsspruchs bis zum heutigen Tage verhindert, indem er die von ihm mit veranlagte Erläuterung eines Teils des Schiedsspruchs, worüber der Schlichtungsausschuss sich von vornherein klar war, als einen neuen Schiedsspruch erklären möchte, den er nicht anerkennt. Daß über dieses Gebahren, das den Begriffen von Treu und Glauben nicht gerecht wird, unter den beteiligten Arbeitern große Erregung besteht, ist leicht erklärlich. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die städtischen Körperkassen hier eingreifen und dieser für den Magistrat keineswegs angenehmen Situation, in die ihn das Verhalten etlicher Uebereifrigen gebracht haben mag, ein Ende macht. Es kann keine Rede davon sein, als sei die Erläuterung zum Schiedsspruch vom 9. Februar ein neuer Schiedsspruch.

Reichstagskongress der Siemens-Betriebsräte.

Am 15. und 16. Mai tagte im Berliner Gewerkschaftshaus der Reichstagskongress der Siemens-Betriebsräte. Das habe Interesse, welches die einzelnen Belegschaften der Betriebsratsfrage entgegenbringen, kam durch die gute Besichtigung zum Ausdruck. Ueber 80 Delegierte aus allen Teilen des Reichs waren anwesend.

Im Verlauf des Kongresses wurden lebhafte Klagen laut über das Verhalten einzelner Betriebsleitungen den Betriebsräten gegenüber. Es kam klar zum Ausdruck, daß die einzelnen sonst selbständigen Geschäftskassen in Betriebsratsangelegenheiten strenge Anweisungen des Berliner Hauses haben, welches seinerseits aber voll und ganz unter dem Zwange des Verbandes Berliner Metall-Industrieller handelt.

Im Interesse der Produktion und des Wirtschaftsaufbaues, welcher unter dem Druck der Kosten der Wiedergutmachung steht, und daher nur unter Mitwirkung aller Volksteile erfolgen kann, wurde zum Schluß einstimmig beschlossen, den Ausbau des heute noch in diesen Teilen unzulänglichen Betriebsratsgesetzes mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben.

Buchbinder und Buchbinderinnen! Die am Sonntag mitgeteilte Entscheidung des Tarifamtes bezieht sich nicht auf die Feiertage, sondern auf die Feiertage. Für diese ist der Arbeitslohn zu zahlen wie bei normaler, voller Arbeitszeit.

Deutscher Beamten-Verband, Fachgruppe: Papier-Industrie, Buchbinder-Beamteter, Mittwoch 8 Uhr Versammlung, „Dankeshütte“, Friedrichstr. 18. Wichtige Tarifbesprechungen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section II, Mittwochabend 7 Uhr, in den Festungs-Kellern, Sandberger Str. 11 (nahe Alexanderplatz) Allgemeines Mitteilungsamt, Wirtschaftliche und politische Konzertstagen, Dienstag 7 Uhr, im Hotel von Bester, Webstr. 17, Branchensammlung, Beschlusfassung über den gestrigen Schiedsspruch, - Section I, Gruppe Bobenleber, Donnerstag 7 Uhr bei Hille, Reichstr. 29, Versammlung, - Dankeshütte, Beschlusfassung, Mittwochabend 7 1/2 Uhr, Branchensammlung, Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelstr. 15.

Aus der Partei.

Ein Fünfzigjähriger.

Am 14. Mai konnte unter Braunschweiger Arbeiterblatt, der „Volkfreund“, sein 50jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Grunde erschien das Blatt in einem festlichen Gewande, seine Titelseite trug das Bild des schönen Braunschweiger „Volkfreund“-Grafen. Alle Parteigenossen, die in Braunschweig vor, während und nach dem Sozialistengesetze wirkten, haben an diesem Tage in den Spalten „ihres“ Blattes Erinnerungen erscheinen lassen, die nicht nur für die Braunschweiger, sondern für die ganze Parteibewegung von Interesse sind. Es ist nicht möglich, hier auch nur einen Teil alles dessen wiederzugeben, was das Blatt in den Stämmen der Zeit und insbesondere seit der Zeit der anfechtigen Spaltung der Arbeiterkraft durchzumachen hatte. Es diesen Stämmen und Kämpfen zum Trost hat es sich nicht nur behauptet, sondern seine Abonnentenzahl und damit seinen Einfluß ständig erweitert. Am Nachstehenden sei kurz der Entwicklungsgang des Jubilars geschildert:

Am 15. Mai 1871 wurde der „Volkfreund“ in einer Volksversammlung gegründet. Wie heute das französische, so lebte damals das deutsche Völkertum in einem Siegesrausch und die große Masse des Volkes stand den sozialistischen Ideen indifferent gegenüber. Dazu kam die Uneinigkeit der Arbeiterbewegung, die heftigen Kämpfe zwischen „Eisenachern“ und „Kasselerern“. Aber trotzdem wurde die Tat vollbracht und bis zum Sozialistengesetz konnte der „Volkfreund“ wirken. Dann aber fiel er sofort als erster im Braunschweigischen dem Schandgesetz zum Opfer. Aber es war möglich für ihn, das „Braunschweiger Unterhaltungsblatt“ erscheinen zu lassen, das wöchentlich erschien und immer um sein Leben zu kämpfen hatte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erschien der „Volkfreund“ sofort wieder auf der Bildfläche und hatte mehr als 8000 Abonnenten. Deren Zahl stieg aber sehr langsam und betrug im Jahre 1897 nur 4400. Im selben Jahre ging der Verlag in Parteieigentum über. In der Herstellung des „Volkfreundes“ in einer eigenen Druckerei sah der Verlag und die Kommission die beste Gewähr für einen Aufschwung des Blattes. Nach Schaffung der finanziellen Grundlage gelang es dann am 1. Januar 1907 die Druckerei als offene Handelsgesellschaft zu eröffnen. Der Erfolg sollte nicht ausbleiben. Der Umfang des Blattes und auch die Zahl der Abonnenten wurden immer größer. Im Jahre 1913 wurde dann das eigene Heim für den „Volkfreund“ zu bauen begonnen. Im März 1914 konnte es bereits bezogen werden. Nicht nur die Druckerei, die Redaktion und die Buchhandlung haben in ihm Unterkunft gefunden, in ihm sind das Partei- und das Gewerkschaftssekretariat, das Jugendheim und die Bureau sämtlicher Gewerkschaften untergebracht. — Das Geschäft wird heute vom Genossen Kampf geleitet, während die Genossen Haupt und Dorn die Redaktion führen.

Alle den Genossen, die in jahrzehntelanger, unermüdbarer Arbeit für dieses stolze Werk gearbeitet und geopfert haben, wird die deutsche Arbeiterkraft tiefen Dank wissen. Dem Jubilär wünschen wir zu seinem Geburtstag noch manches halbe Jahrhundert zu seinem ersten, in der Hoffnung, daß er wie bisher auch in Zukunft in alter Treue stehen wird zur Sache der Partei und der Arbeiterkraft.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glaser, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Gust. Ginzler u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Blatt 1. Beilage.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Kornhäute, Schwielen, Warzen.
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

Elektrische Kochtöpfe
mit Zuleitung, Messing vernickelt
1/2 Ltr. 1 Ltr.
75 Mk. 90 Mk.

A. WERTHEIM

Billiger Verkauf

Die 95 Pfg.-Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Elektrische Bügeleisen
mit Zuleitung
56 Mk.

Porzellan

- 1 Obertasse weiß
- 1 Kompottschale weiß
- 1 Eierbecher weiß, dopp.
- 1 Zuckerdose weiß
- 1 Sauciere weiß
- 1 Kompotteller weiß
- 1 Buttersauciere weiß
- 2 Eisschalen weiß
- 2 Messerleger weiß
- 2 Messerleger blau
- 2 Biergl. - Untersetz.
- 3 Milchtöpfe massiv
- 1 Zuckerschale massiv

Glas

95 Pf.

- 1 Kompotteller Hansa
- 1 Wasserglas glatt
- 1 Likörglas gepreßt
- 1 Salzstreuer
- 1 Teebecher glatt
- 1 Einmachehafen
- 6 St. Einmachehafen
- Butterglocken glatt 8⁰⁰
- Käseglocken glatt 8⁰⁰
- Weinrömer 5⁷⁵
- Sturzflaschen mit Glas 9⁷⁵
- Blumenvasen glatt 3³⁵
- Blumenvasen geschl. 5⁷⁵
- Wassergläser geschl. 4⁷⁵
- Wassergläser Mand-wasser 2⁶⁵
- Konservengläser „Globus“ von 1⁹⁵ bis 4²⁵
- Einkoch-Apparate mit Thermometer 4⁸⁰

Steingut

- 1 Kaffeeteller weiß
- 1 Milchtopf weiß, 1/2 Ltr.
- 1 Kompottschüssel
- 1 Spülkumpen weiß
- 1 Tasse m. Untertass.
- 1 Suppenschüss. weiß
- 1 Bratenschüssel oval
- 1 Zuckerdose weiß
- 1 Teller braun glasiert
- 1 Milchtopf braun glasiert
- 1 Milchbech. braun glasiert
- 1 Zuckerschale a. Fuß
- 2 Zuckerschalen kiela
- 1 Seifschale blau
- 1 Bürgenschale bunt
- 1 Eisfigische bunt
- 1 Kaffeeteller bunt
- 1 Blumentopf-Untersetzter braun, 18, 20, 22 cm
- 1 Milchkrug braun, 2 Gr.
- 1 Milchkanne glasiert
- 1 Einmachebüchse
- 1 Milchtopf sort. Größen.
- 3 Blumentöpfe indone

Besonders preiswerte Nippes
Vasen, Schalen, Tiere in Kopenhag. Art
Porzellan - Vasen mit Polbergoldrand u. Verzierung 13⁵⁰ bis 135⁰⁰
Apfelblüen-, Rosen- u. Irisblumen-Dekor 9⁷⁵ bis 122⁰⁰

Besonders preiswert
Tafel- und Kaffeegeschirr
in 4 verschied. Unterglasur-Ausführungen
Marke Jaeger & Co. (nur Leipziger Str.)

Garten-Möbel

aus Holz, weiß, witterbeständig, lackiert, in großer Auswahl, wie Armlehnsessel, Bänke, zwei-, drei- und viersitzig, dreiteilige Bänke, Tische mit runder und länglicher Platte.....

besonders billig